



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Weltwende**

**Stegemann, Hermann**

**Stuttgart, 1934**

Deutschland vor dem Gang nach Genf

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)



ein, die Neurath vor den Vertretern der ausländischen Presse abgab. Der Reichsminister des Außern wies darauf hin, daß Europa immer noch vom Geist von Versailles beherrscht werde, daß Deutschland ein Recht habe, diesen Geist zu bekämpfen und daß die Rede, die Hitler am 17. Mai vor dem Reichstag gehalten, für die Methode und die Ziele dieses Kampfes wegleitend bliebe. Die von Hitler ausgesprochenen Warnungen wurden also von Neurath ausdrücklich in Erinnerung gerufen. Dann erklärte der Minister, Deutschland wolle den Frieden, nicht den Krieg, und zog den Pakt Mussolini heran, um festzustellen, daß dessen erste Anwendung in der deutsch-österreichischen Auseinandersetzung nicht mit Zweck und Ziel des Paktes übereinstimme. Das Ziel dieses Vertrages könne ja nicht die Niederhaltung eines Partners durch die anderen, sondern nur die Verständigung zwischen gleichberechtigten Parteien sein. Zur österreichischen Frage selbst erklärte Neurath, daß die Reichsregierung nicht daran dächte, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs zu mischen, daß sie aber fordern müsse, daß unberechtigte Einmischungen anderer Länder in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung unterblieben. Man müsse endlich der Auffassung Mussolinis zustimmen, daß eine wahrhaft europäische Politik nicht ohne und noch weniger gegen Deutschland gemacht werden könne. Davon habe auch die Abrüstungskommission auszugehen, die nicht länger zwischen Siegern und Besiegten unterscheiden dürfe. Es gebe nur eine Alternative: die Verwirklichung der Gleichberechtigung oder den Zusammenbruch der ganzen Abrüstungsidee, für dessen unabsehbare Folgen Deutschland dann keine Verantwortung trafe.

Es wetterleuchtete in dieser Erklärung. Sie erfolgte im Augenblick der höchsten Spannung. Deutschland fühlte sich allein, als der Völkerbund in der zweiten Septemberwoche zusammentrat. Der Viermächtepakt hatte bis anhin nur zu einer „Reprimande“ Deutschlands gedient; die Beziehungen der Regierung Hitler zum Heiligen Stuhl waren trotz der soeben erfolgten Ratifikation des Reichskonkordats getrübt; in Österreich befestigte sich die autoritäre Regierung Dollfuß, indem sie sich, auf die Christlich-Soziale Partei und die Heimwehr gestützt, neu konstituierte und Anlehnung an Italien, den Vatikan und den Völkerbund suchte; Frankreich und seine Ver-



bündeten blieben dabei, dem neuen Deutschland die Gleichberechtigung zu versagen, England suchte, kühl bis ans Herz hinan, die Gegensätze lediglich soweit zu versöhnen, als dem insularen „british interest“ entsprach, Sowjetrußland fand in Paris und Rom offene Türen, und Amerika und die verschiedenen neutralen Länder waren durch die von den ökonomischen Notwendigkeiten geleitete deutsche Transferpolitik verstimmt: Alles wirkte zusammen, die Lage des Reiches zu erschweren.

\*

Der Empfang, der den Vertretern Deutschlands in Genf zuteil wurde, war höflich, aber sie fühlten sich von einer kalten Luft angeweht, die nichts mit der über den See wehenden Kühle zu tun hatte. Eine unsichtbare Wand trennte die Deutschen von den Vertretern der anderen Nationen. Vergebens war Goebbels mit Neurath nach Genf gefahren, um eine Bresche in diese unsichtbare Wand zu schlagen. Seine glänzende Analyse der deutschen Revolution wurde zwar mit großem Respekt aufgenommen, aber das Verständnis der Zuhörer für die deutsche Seelenlage war so gering, daß es bei der rhetorischen Anerkennung blieb. Die Gegensätze traten sofort zutage, als das Minderheitenproblem in dem zuständigen Ausschuß zur Debatte gestellt wurde. Man machte daraus eine Auseinandersetzung über die Judenfrage. Deutschlands Vertreter, von Keller, erklärte zwar, daß eine Kritik der deutschen Gesetzgebung und der deutschen Judenfrage nicht in die Kompetenz des Völkerbundes falle, konnte aber nicht verhindern, daß die Rassenfrage als solche behandelt wurde und eine Phalanx von Rednern gegen die Behandlung Stellung nahm, die den Juden in Deutschland zuteil wurde. Die Auseinandersetzung gründete sich auf die Menschenrechte, die in dieser Versammlung noch einmal feurige Verteidiger fanden. Aber nicht so sehr darauf kam es an, als vielmehr auf die Haltung, die von Deutschland in der Verteidigung des Rassenprinzips eingenommen wurde. Sie ist durch die Einsprachen, die von allen Seiten erhoben wurden, nicht erschüttert worden. Die Versammlung hat daraus offenbar nicht die richtigen Schlüsse gezogen, sonst wäre sie nicht mit dem Gefühl auseinandergegangen, daß die nun beginnende Tagung